

Aug 26. 10. 2015
[Signature]

Freie Demokraten

FDP

FDP Kreistagsgruppe Gießen - Winkelmannstraße 6 - 35396 Gießen

An den
Kreistagsvorsitzenden des
Gießener Kreistages

Vorlage Nr.: 1307/2015

Mit Antrag
auf direkte
Ausschubberatung

Resolutionsantrag zur beabsichtigten Änderung des hessischen Jagdrechts

Gießen, den 26.10.2015

FDP Kreistagsgruppe Gießen
Winkelmannstraße 6
35396 Gießen

Harald Scherer
Gruppenvorsitzender
T: 0172 - 61 04 508
harald.scherer@ghc-rae.de

Dennis Pucher
stellv. Gruppenvorsitzender
T: 0151 - 50 694 698
pucher@denk-strukturen.de

Sylke Schäfer
Kreistagsabgeordnete
T: 0173 - 67 21 694
sylkeschaefer@gmx.de

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender,

nachstehenden Antrag der FDP-Gruppe überreiche ich mit der Bitte um vorherige Befassung im Haupt- und Finanzausschuss:

Der Kreistag des Landkreises Gießen fordert die hessische Landesregierung auf, die bestehende Jagdverordnung unangetastet zu lassen und insbesondere die von der hessischen Umweltministerin geplanten Einschränkungen bei den Bejagungszeiten und die weiteren Einschränkungen für die Privatjagd zu unterlassen.

Begründung:

Die hessische Landesregierung plant auf dem Verordnungswege eine umfassende Änderung der rechtlichen Grundlagen für die Jagd in Hessen, obwohl das Jagdgesetz erst vor einigen Monaten in Abstimmung mit allen betroffenen Akteuren neugefasst wurde. Nun soll eine grundlegende Änderung der Rechtslage erfolgen, die die Privatjagd in Hessen in der Praxis massiv erschwert.

Jägerinnen und Jäger haben eine Fürsorgepflicht für ihr Revier. Sie übernehmen dort nicht nur die Hege und Pflege, sondern tragen auch zum Erhalt der Arten bei, kümmern sich um Wildunfälle und kommen für Schäden an landwirtschaftlichen Flächen auf. Die geplanten Änderungen in der Hessischen Jagdverordnung unterstellen den Jägerinnen und Jägern jedoch, dass sie den Tierschutz nicht beachten und bringen damit ein pauschales Misstrauen zum Ausdruck, das jeder Grundlage entbehrt. Landesweit protestieren deswegen die Jägerinnen und Jäger zu Recht gegen eine Politik, die leichtfertig einen Stützpfeiler der Landschaftspflege und Naturschutzes sowie des gesellschaftlichen Zusammenhaltes, gerade in ländlichen Regionen, bedroht. Weil von einer Änderung des Jagdrechts auch viele Gießener Jägerinnen und Jäger betroffen wären, sollte sich der Kreistag klar für diese Stellung beziehen.

Mit freundlichen Grüßen

Harald Scherer
Kreistagsabgeordneter

Beschluss des Kreistages
16.11.2015
Die Vorlage wird - mit Zusatzbeschluss -
genehmigt - nicht genehmigt - zurückgestellt

Zur Beglaubigung